

KAMMERREPORT

HANSEATISCHE

RECHTSANWALTSKAMMER

HAMBURG

AUSGABE 2

26. FEBRUAR 2015

INHALT

Geschäftsbericht S. 1

Rechnungslegung S. 22

Ansprechpartner S. 40

Geschäftsbericht

Rechnungslegung

2014

info@rak-hamburg.de
www.rak-hamburg.de



Der Kammervorstand berichtet über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Geschäftsjahr 2014.

Berufsrecht

Die berufsrechtliche Diskussion hatte im Berichtsjahr im Wesentlichen folgende Themen:

Auf Bundesebene war das beherrschende Thema die Rechtsstellung der Syndikusanwälte. Nachdem das Bundessozialgericht mit Urteil vom 03.04.2014 grundsätzlich festgestellt hat, dass in einem abhängigen Dienstverhältnis tätige Rechtsanwälte nicht von der Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit werden können, bemühen sich

sowohl die Anwaltsverbände, als auch die Politik um eine Lösung des Problems.

Auf der einen Seite sollen die Versorgungsbiografien der betroffenen Personenkreise nach Möglichkeit geschützt werden; auf der anderen Seite muss verhindert werden, dass es allein unter Versorgungsgesichtspunkten zu einer nicht gerechtfertigten Veränderung der grundlegenden Merkmale des Anwaltsberufes kommt.

Die Bundesrechtsanwaltskammer und die Regionalkammern führen die Diskussion um Reformvorschläge mit großer Intensität und mit Engagement.

Zum Jahresende 2014 war jedoch eine Lösung noch nicht in Sicht.

Anfang 2015 legte das Bundesministerium der Justiz ein sogenanntes „Eckpunktepapier“ vor, in dem die Grundzüge einer Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte vorgestellt wurden.

Es hat zu vielen neuen Impulsen in der Diskussion geführt. Das Bundesministerium für Justiz plant im Jahre 2015 eine gesetzliche Regelung vorzulegen.

IMPRESSUM

KAMMERREPORT

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Hanseatische
Rechtsanwaltskammer

Der Präsident

Valentinskamp 88

20355 Hamburg

Tel 040-35 74 41-0

Fax 040-35 74 41-41

Mit einer Entscheidung vom 14.01.2014 hat das Bundesverfassungsgericht für den Bereich der Patentanwaltsgesellschaften die Vorschrift des § 59a Abs. 1 BRAO aus verfassungsrechtlichen Gründen für unanwendbar erklärt.

Dadurch ist die Frage aufgetreten, ob über den entschiedenen Fall hinaus die in der Vorschrift enthaltene Beschränkung der Möglichkeiten zur beruflichen Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Berufe mit Art. 12 der Verfassung vereinbar ist.

Auch dieses Thema hat der Kammervorstand ausführlich erörtert und seine Positionen der Bundesrechtsanwaltskammer übermittelt: da § 59a Abs. 1 BRAO geltendes Recht ist, wird er für Rechtsanwaltsgesellschaften wie bisher angewandt.

Schließlich steht auf der rechtspolitischen Agenda eine Novellierung des Rechts der Rechtsanwaltsgesellschaften: Zum einen sollen die die Gesellschaft mit beschränkter Haftung betreffenden Vorschriften in § 59c ff. BRAO überarbeitet werden. Zum anderen stellt sich die Frage, ob neben der Rechtsanwaltsgesellschaft mit beschränkter Haftung auch andere Gesellschaftsformen kodifiziert werden sollen.

Der Kammervorstand hat ausführlich die vom Ausschuss Gesellschaftsrecht der Bundesrechtsanwaltskammer erarbeiteten Vorschläge erörtert und eine zustimmende Stellungnahme an die Bundesrechtsanwaltskammer übermittelt.

Von großer Bedeutung ist, dass sich die Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer im September 2014 endlich auf Antrag des BRAO-Ausschusses unter dem Vorsitz des hiesigen Präsidenten Kury dazu hat durchringen können, die Einführung der Briefwahl zu den Vorstandswahlen zu befürworten. Unmittelbar nach dem Beschluss auf der Hauptversammlung im September 2014 ist ein entsprechendes Schreiben an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz übermittelt worden. Der Bundesjustizminister hat mitteilen lassen, er werde dem Petition der BRAK folgen.

Rechtspolitik

Im Bereich der Rechtspolitik gab es im Jahr 2014 nur wenige für die Anwaltschaft bedeutsame Themen und Entwicklungen.

Nach erheblichen Turbulenzen im Bundesverband Freier Berufe war die Bundesrechtsanwaltskammer im November 2013 aus dem Bundesverband der freien Berufe ausgetreten. Hierdurch ist ein grundlegender Reformprozess im BFB in Gang gesetzt worden. Die organisationsinternen Strukturen sind durch eine Verkleinerung der Gremien erheblich verschlankt worden. Dadurch konnten auch die für die BRAK entstehenden Beiträge um ca. 30 % abgesenkt werden.

Infolge dieser organisatorischen Veränderungen haben auch andere zuvor ausgetretene Organisationen, vor allen Dingen die der Ärzteschaft, ihre Bereitschaft zum Wiedereintritt in den Bundesverband Freier Berufe erklärt. Dies hat dazu geführt, dass im Dezember 2014 die BRAK sowie die Bundesärztekammer und weitere Organisationen wieder in den BFB eingetreten sind.

Im Hamburger Verband ist die Hanseatische Rechtsanwaltskammer durchgängig Mitglied gewesen.



Die Überwachung elektronischer Kommunikation durch in- und ausländische Geheimdienste hat die Kammern beschäftigt: Viele Regionalkammern, die Bundesrechtsanwaltskammer und auch die Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer haben Resolutionen gegen die elektronische Ausspähung verabschiedet. Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer hat sich der sogenannten „Berliner Erklärung gegen digitale Ausspähung“ im Hinblick auf die herausragende Bedeutung des Anwaltsgeheimnisses und der dafür erforderlichen vertraulichen Kommunikation zwischen Rechtsanwälten und ihren Mandanten angeschlossen.



Auf europäischer Ebene spielt nach wie vor das Thema Datenschutz eine große Rolle. Die aus anwaltlicher Sicht begrüßenswerte „Datenschutzgrundverordnung“ ist leider immer noch nicht verabschiedet.

Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ist an den Diskussionen durch seinen Vizepräsidenten Dr. Christian Lemke beteiligt. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat Herrn Kollegen Dr. Lemke zum Leiter der deutschen Delegation im CCBE (dem Rat der europäischen Anwaltschaften in Brüssel) bestellt.

Satzungsversammlung

Im Berichtsjahr 2014 hat es in der Satzungsversammlung zwei wesentliche Beschlussfassungen gegeben:

Zum einen ist § 2 BORA, anwaltliche Schweigepflicht, grundlegend novelliert worden. Der Veränderungsbedarf wurde vor allen Dingen im Hinblick auf die auch in der Anwaltschaft inzwischen nicht mehr hinwegzudenkende elektronische Kommunikation über E-Mail, sonstige elektronische Nachrichtendienste und Mobiltelefone gesehen. Die bisherige Fassung des § 2 BORA berücksichtigte nicht hinreichend, dass Rechtsanwälte auf die Nutzung elektronischer Kommunikation zwingend angewiesen sind. Es sind deshalb normative Regelungen beschlossen worden, die im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften der Anwaltschaft für die Nutzung der modernen Techniken bestimmte Regeln vorgeben.

Zum anderen ist es endlich gelungen, durch eine Neufassung von § 11 BORA die Pflicht zur „Mandatsbearbeitung in angemessener Zeit“ auch als berufrechtliche Pflicht zu kodifizieren. Erstaunlicherweise müssen die Kammervorstände im Rahmen ihrer Berufsaufsicht sich mit ei-

ner überraschend hohen Zahl von Beschwerden befassen, in denen Rechtsanwälte die ihnen erteilten Mandate entweder gar nicht oder nur mit unverhältnismäßiger zeitlicher Verzögerung bearbeiten. Um auf diese Sachverhalte angemessen reagieren zu können, musste der Vorstand bislang auf die Generalklausel des § 43 S. 1 BRAO (Gebot der gewissenhaften Berufsausübung) zurückgreifen. Dessen bedarf es durch die Neufassung des § 11 BORA nach dessen In-Kraft-Treten nicht mehr.



Im Bereich der **Fachanwaltsordnung** hat es im Jahr 2014 keine weitreichenden Beschlüsse gegeben.

Juristenausbildung

Die von der Kammer organisierte **Referendar-Arbeitsgemeinschaft** „Einführung in den Anwaltsberuf“ findet während der ersten beiden Wochen der Anwaltstation statt. Aus den von den Referendaren ausgefüllten Bewertungsbögen lässt sich entnehmen, dass die Arbeitsgemeinschaft positiv bewertet wird. Auf Skepsis stößt der Abschnitt „Einführung in das anwaltliche Berufsrecht und das anwaltliche Berufsbild“ am ersten Tag der AG, da die Referendare hierin keine unmittelbare Examensrelevanz meinen erkennen zu können.

Das ist zweifellos richtig, dennoch wird der Kammervorstand an diesem Punkt das Konzept der AG nicht ändern. Die AG dient der Vorbereitung auf die Ausbildung in der Anwaltstation und der Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit. Diese beiden Ziele sind aus der Sicht des Kammervorstandes so wichtig, dass auch ein dahingehender Unterricht unabdingbar ist.

Die Nachfrage nach den vom Kammervorstand angebotenen Wahlpflicht-Arbeitsgemeinschaften ist nach wie vor verhalten. Sie können aus der Rechnungslegung der Ausbildungsumlage die hierfür aufgewandten Mittel entnehmen. Der Kammervorstand wird das Interesse an der Wahlpflicht-AG weiter zu fördern versuchen.



Im vergangenen Jahr hat der Vorstand im Bezug auf die **universitäre Juristenausbildung** beschlossen, sich hier stärker zu engagieren.

Der Kammervorstand hat daher mit der Fakultät für Rechtswissenschaften im Juni eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen. Danach wird es regelmäßig Veranstaltungen an der Fakultät geben, die über anwaltliche Berufsfelder informieren.

Dies geschieht in der Form einer von Rechtsanwälten gehaltenen Ringvorlesung („Brown Bag Lectures“), die vier mal im Jahr stattfinden soll. Die ersten beiden Veranstaltungen sind bei den Studenten auf großes Interesse gestoßen.

Das finanzielle Engagement der Kammer beschränkt sich auf die punktuelle Unterstützung des Lehrangebotes. Der Vorstand beschließt im Einzelfall, ob er die durch bestimmte Veranstaltungen entstehenden Kosten übernimmt.

Internationales

Im Rahmen seiner Aufgaben misst der Kammervorstand der internationalen Zusammenarbeit große Bedeutung bei.

Dabei liegt naturgemäß der Schwerpunkt der Arbeit im Aufgabenbereich der Bundesrechtsanwaltskammer, da die meisten Entwicklungen überregionale Bedeutung haben und für die gesamte deutsche Anwaltschaft von Interesse sind.

Daneben setzte der Hamburger Kammervorstand im Jahr 2014 folgende Schwerpunkte:

Es hat mehrere Besuche chinesischer Juristendelegationen bei der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer gegeben. Die chinesischen Richter oder Rechtsanwälte wurden über die Grundstrukturen des deutschen Strafrechts und der Kammerorganisation informiert.

Im April 2014 hat Rechtsanwalt Dr. Dunckel als eines der zehn jüngsten Vorstandsmitglieder der deutschen Rechtsanwaltskammern an einer Delegationsreise der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) nach Israel teilgenommen. Diese Reisen finden regelmäßig im 4-jährigen Abstand im Rahmen eines Freundschaftsvertrages der BRAK mit der Israel Bar statt. Über seine Reise hat Herr Kollege Dr. Dunckel im Kammerreport vom 25.11.2014 ausführlich berichtet.



Der Kammervorstand ist Gründungsmitglied im „Verein Rechtsstandort Hamburg“. Dieser Verein hat im abgelaufenen Geschäftsjahr auch innen-rechtspolitische Themen aufgegriffen und durch öffentliche Veranstaltungen das Bewusstsein zu diesen Themen geschärft.

Außer der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer sind in diesem Verein der Hamburgische Anwaltsverein, die Hamburgische Notarkammer, die beiden Universitäten, die Justizbehörde und das Max-Planck-Institut für internationales Privatrecht Mitglieder.

Der Kammervorstand hat seine Arbeit in dem Verein dadurch verstärkt, dass ein Mitglied der Geschäftsführung der Rechtsanwaltskammer sich nunmehr auch um die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins kümmert.

Service

Der aus gegebenem Anlass in unregelmäßigen Abständen versandte „Kammerschnellbrief“ hat sich zwischenzeitlich als ein fester Teil der Kommunikation zwischen der Hamburger Anwaltschaft und der Kammer etabliert: Im Jahr 2014 sind insgesamt 15 Kammer-Schnellbriefe an die E-Mail-Adressen von zuletzt 6054 Kolleginnen und Kollegen (Stand 15.12.2014) verschickt worden.

Der Kammervorstand nutzt den Kammerschnellbrief als Medium zur Information über aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Veranstaltungen.

Er dient auch dazu, die von der Bundesrechtsanwaltskammer herausgegebenen „Nachrichten aus Berlin“ über aktuelle Entwicklungen in Berlin und die „Nachrichten aus Brüssel“ über die Arbeit des Brüsseler Büros der BRAK und aktuelle, für die Anwaltschaft bedeutsame Entwicklungen in Brüssel bekannt zu machen.



Zur aktuellen Informationen dient auch die **Homepage** der Rechtsanwaltskammer, die von dem dafür zuständigen Geschäftsführer, Herrn Kollegen Dr. Hoes, kontinuierlich gepflegt wird. Im Abschnitt „Aktuelles“ finden Sie Hinweise auf Veranstaltungen oder andere aktuelle Hinweise.

Auf der Homepage können auch alle Kammerberichte der vergangenen Jahre sowie die Kammerschnellbriefe eingesehen werden. Es stehen auch die in der Printfassung der Kammerberichte zur Verfügung gestellten Dokumente zur Einsicht bereit. Der Vorstand hat im letzten Jahr im Kammerreport sogenannte Kurzlinks eingeführt, die durch das direkte Eingeben in die Adresszeile des Browsers das Einsehen der angebotenen Dokumente ermöglicht, ohne den Umweg über die Online-Fassung des Kammerreports gehen zu müssen.



Der **Anwaltssuchdienst** der Kammer erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Mit Stand vom 10.02.2015 nahmen am Anwaltssuchdienst insgesamt 2745 Kolleginnen und Kollegen teil.

Die telefonische Serviceleistung der Kammergeschäftsstelle hat für viele Ratsuchende gegenüber der Online-Suche den Vorteil, dass den Anrufern bei der Suche nach dem für den jeweiligen Fall geeigneten Anwalt durch die beiden in der Telefonzentrale tätigen, sehr erfahrenen Mitarbeitern geholfen werden kann.

Nach wie vor gehen durchschnittlich arbeitstäglich etwa 30 bis 40 Anrufe in der Kammergeschäftsstelle ein.

In welchem Umfang der auch im Internet zur Verfügung stehende Anwaltssuchdienst dort genutzt wird, wird von der Kammer nicht statistisch erfasst.



Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer und die Bundesrechtsanwaltskammer arbeiten an dem europaweiten Projekt „**Find a lawyer**“ mit. Ziel ist die Einrichtung eines europaweiten Anwaltssuchdienstes, damit jeder Bürger innerhalb Europas leicht einen Anwalt seiner Wahl suchen und finden kann. Neben der Anwaltssuche nach Namen soll es auch eine Anwaltssuche nach Rechtsgebieten geben. Hierfür sind insgesamt 20 Schwerpunktangaben vorgesehen. Weiterhin werden Sprachkenntnisse aufgelistet.

Ende 2014 ist eine Testversion in Betrieb gegangen. Für Deutschland ist darin bislang nur das amtliche Anwaltsverzeichnis (www.rechtsanwaltsregister.org) eingebunden, weitere Qualifikations- und Sprachhinweise sind in der Testversion noch nicht enthalten. Die endgültige und vollständige Freigabe wird voraussichtlich noch im Jahre 2015 erfolgen.



Die seit Frühjahr 2011 angebotene **Gebührensprechstunde** wurde auch im Jahr 2014 fortgesetzt.

Bis September 2014 hat Herr Kollege Friedrich-Wilhelm Reineke auch nach Ende seiner Tätigkeit als Kammergeschäftsführer die erworbenen Kenntnisse im Gebührenrecht den Mitgliedern über die Kammer zur Verfügung gestellt.

Seit dem 01.10.2014 wird die Gebührensprechstunde von dem nunmehr für das Gebührenrecht zuständigen Geschäftsführer, Herrn Kollegen Dr. Hoes, abgehalten. Auch die ebenfalls für das Gebührenrecht in der Kammergeschäftsstelle zuständige Mitarbeiterin der Kammer, Frau Stephan, nimmt an den Terminen teil und beteiligt sich an der Beratung.

Die Gebührensprechstunde findet jeweils alle zwei Monate am zweiten Mittwoch des Monats statt.

Als neues Angebot für die Kollegenschaft findet seit November 2014 ebenfalls im festen zwei-monatlichen Turnus am zweiten Mittwoch des Monats abwechselnd mit der Gebührensprechstunde eine Berufsrechtssprechstunde, das sogenannte „**Berufsrechts-ABC**“, ebenfalls in den Räumen der Kammergeschäftsstelle statt. Hier beantwortet die dafür zuständige Geschäftsführerin, Frau Dr. Noster, alle interessanten berufsrechtlichen Fragen und behandelt aktuelle berufsrechtliche Themen.

Die genauen Termine der nächsten Gebührensprechstunde bzw. des Berufsrechts-ABC finden Sie auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer unter „Aktuelles“.



Auch im Jahre 2014 führt die Rechtsanwaltskammer im Internet eine Liste derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die zur Übernahme von **Pflichtverteidigungen** bereit sind.

Die Aktualisierung der Liste erfolgt alle zwei Wochen. Der Kammer mitgeteilte Adressänderungen oder die Meldung weiterer Interessentinnen und Interessenten werden automatisch über das Mitgliederverwaltungsprogramm der Kammer in die Liste übernommen. Allen Kolleginnen und Kollegen steht es frei, sich in diese Liste aufnehmen zu lassen. Sie wird auch den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei zur Verfügung gestellt und ist für

jedermann auf der Internetseite der Kammer im Abschnitt „Bürgerservice“ einsehbar. Von besonderem Interesse ist die Angabe von Fremdsprachenkenntnissen.



Für im laufenden Kalenderjahr **neu zugelassene Kolleginnen und Kollegen** sind auch im vergangenen Jahr zwei **Begrüßungsabende** (im März und im September) ausgerichtet worden.

Die Veranstaltungen dienen dem Erfahrungsaustausch und dem Gespräch zwischen den Kolleginnen und Kollegen. Seit dem vorletzten Jahr werden zu diesen Begrüßungsabenden auch diejenigen Mitglieder eingeladen, die jeweils ein Jahr zuvor zugelassen worden sind. Dadurch soll das Gespräch zwischen den schon etwas erfahreneren Kolleginnen und Kollegen und den Berufsanfängern gefördert werden. Der Kammervorstand hat eine kleine Gruppe von jungen Mitgliedern gewonnen, die sich bereiterklärt haben, als „Ansprechpartner“ für die Sorgen und Nöte ihrer Kollegen zu fungieren. Sie finden deren Namen auf der Kammerhomepage im Abschnitt „Junge Rechtsanwälte“.



Die „Bürgersprechstunde“ wurde auch im Jahr 2014 von der Geschäftsführung der Kammer weitergeführt. Insgesamt haben 111 Gespräche stattgefunden. In bestehenden Mandatsverhältnissen ist die Beratung in erster Linie darauf ausgerichtet, Kommunikationsstörungen zwischen Rechtsanwalt und Mandant aufzulösen. Die Geschäftsführung empfiehlt in aller Regel dem Mandanten, Kritik an oder Unzufriedenheit mit der Mandatsführung mit dem betroffenen Rechtsanwalt selbst zu besprechen. Sehr häufig werden auch gebührenrechtliche Fragen gestellt oder Kritik an Anwaltsrechnungen vorgetragen. In diesen Fällen bietet die Kammer ihre Vermittlungsdienste an. Insgesamt sieht der Vorstand die Bürgersprechstunde als sinnvolle und vertrauensbildende Maßnahme sowohl gegenüber den Rechtsuchenden, als auch gegenüber den Kammermitgliedern an. Durch die Vermittlungsgespräche gelingt es häufig, ein Aufschaukeln von Konflikten zu vermeiden und bei unzufriedenen Mandanten Verständnis für die anwaltliche Sicht zu wecken. Bei Kritik an der Qualität der anwaltlichen Mandatsbearbeitung hält sich die Kammer zurück. Allerdings verweisen die Geschäftsführer regelmäßig auf die segensreiche Tätigkeit der Schlichtungsstelle der Anwaltschaft in Berlin. Deren Tätigkeit wird zunehmend in Anspruch genommen - auch in Hamburg.

Den Rechenschaftsbericht finden Sie auf der Internetseite <http://www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de/>



Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist mit einer Stammeinlage von 10.225,84 € Mitglied in der „**Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg**“. Diese übernimmt für Existenzgründer Bürgschaften als Absicherung für Existenzgründungskredite. Da die Anwaltschaft eine derjenigen Berufsgruppen ist, deren Angehörige relativ häufig die Leistungen der Bürgerschaftsgemeinschaft nachfragen, ist seit Anfang 2011 auch ein Rechtsanwalt im Bewilligungsausschuss der Bürgerschaftsgemeinschaft tätig.



Im Jahre 2014 hat die Kammer an 1332 Mitglieder neue **Anwaltsausweise** ausgegeben, weil deren Geltungsdauer abgelaufen war und die Ausstellung eines neuen Ausweises beantragt wurde. Diese werden im Auftrage der Kammer von der Datev im Scheckkartenformat produziert und erfüllen zugleich die Aufgabe eines europäischen Anwaltsausweises.

Auf Wunsch wird der Ausweis zugleich auch mit der Funktion einer elektronischen Signaturkarte versehen. Diese Sonderbestellung muss direkt an die Datev gerichtet werden.

Für dringende Fälle stellt die Geschäftsstelle auch provisorische Ausweise mit einer Geltungsdauer von maximal sechs Monaten aus.

Im Bereich des **elektronischen Rechtsverkehrs** bestätigt die Geschäftsstelle der Kammer gegenüber den gewerblichen Anbietern von Signaturkarten das so genannte „Berufsattribut“.

Solche Bestätigungen sind im Jahr 2014 in 112 Fällen erstellt worden. Für beide Dienstleistungen verzichtet der Kammervorstand darauf, eine besondere Gebühr zu erheben. Die Kosten werden vielmehr aus dem laufenden Kammeretat beglichen.



Der Kammervorstand beteiligt sich auch aktiv durch die Mitarbeit des Geschäftsführers Herrn Dr. Hoes an den Vorbereitungen zur Teilnahmemöglichkeit der Rechtsanwälte an der so genannten „**Vollmachtsdatenbank**“, die bisher nur Steuerberatern die Möglichkeit des begrenzten Zugriffs auf elektronische Daten des Mandanten bei der Finanzverwaltung ermöglicht.

Aus dem Kreis der im Steuerrecht tätigen Anwälte ist die Bitte hierum an den Kammervorstand herangetragen worden. Der Vorstand hat seinerseits die Bundesrechtsanwaltskammer kontaktiert und ist aufgrund seiner Initiative jetzt in der bundesweiten Arbeitsgruppe vertreten.

Voraussichtlich noch in 2015 werden die Vorarbeiten abgeschlossen und es wird auch für Rechtsanwälte möglich sein, von dem Service der Finanzverwaltung zu profitieren.



Im September 2014 führte die Kammer zusammen mit der Steuerberaterkammer und der Wirtschaftsprüferkammer im großen Saal der Handwerkskammer eine gut besuchte Informationsveranstaltung zu Organisations- und Haftungsfragen der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartGmbH) durch.

Das Seminar war außerordentlich gut besucht.

Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung ist eine Gesellschaftsform der freien Berufe, die stark in Anspruch genommen wird. Viele frühere Partnerschaftsgesellschaften schließen die erforderliche besondere Berufshaftpflichtversicherung ab und wandeln sich in Partnerschaftsgesellschaften mit besonderer Berufshaftung um. Damit wird die persönliche Haftung der Partner für Berufsfehler vollständig ausgeschlossen.

Vermittlungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Kammervorstandes gehört es auch, bei Meinungsverschiedenheiten **zwischen den Kolleginnen bzw. Kollegen einerseits und den Auftraggebern andererseits zu vermitteln** (§ 73 Abs. 2 Ziff. 3 BRAO).

Vor allen Dingen nimmt der Kammervorstand diese Aufgabe bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von Gebührenrechnungen wahr.

Eine Vielzahl von im Rahmen der Bürgersprechstunde geführten Gesprächen mündet ebenfalls in einem Vermittlungsverfahren.

Im Jahr 2014 ist in insgesamt 186 Fällen im Wesentlichen durch die Geschäftsführung entweder schriftlich oder im Gespräch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen vermittelt oder nach schriftlicher Stellungnahme ein Vergleichsvorschlag unterbreitet worden. Rein praktisch werden diese Vermittlungen in der Weise durchgeführt, dass die Geschäftsführung bei Beanstandungen an Gebührenrechnungen die Mandanten zunächst bittet, ihre Kritik schriftlich vorzutragen und die Rechnung einzureichen.

Sodann wird der Vorgang dem betroffenen Rechtsanwalt zur Kenntnis- und Stellungnahme zugeleitet.

Obwohl die Einleitung des Vermittlungsverfahrens gemäß § 73 Abs. 5 BRAO nicht der Zustimmung des Rechtsanwalts bedarf, nehmen die Mehrzahl der betroffenen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte am Vermittlungsverfahren teil.

In diesen Fällen unterbreitet der zuständige Geschäftsführer einen Schlichtungsvorschlag. Wiederum in der Mehrzahl der Fälle wird dieser akzeptiert, so dass eine weitere streitige Auseinandersetzung vor Gericht vermieden werden kann.

Bei Beschwerden von Mandanten über etwaige anwaltliche Schlechtleistungen wird der Kammervorstand grundsätzlich nicht tätig.

Bei Eingaben dieser Art verweist die Geschäftsstelle in aller Regel auf die bei der Bundesrechtsanwaltskammer gebildete und bundesweit tätige „Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft“, die von der früheren Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie am Bundesverfassungsgericht, Frau Dr. Renate Jaeger, geleitet wird. Das Verfahren vor dieser Stelle ist kostenfrei.

Die Vermittlungsaufgabe des Kammervorstandes bezieht sich gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 2 BRAO **auch auf Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern**. Die hier relevanten Fälle sind in der Regel Sozietätstrennungen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Kollegen über die Auslegung von Trennungsvereinbarungen.

In diesen Fällen werden einzelne Vorstandsmitglieder im Rahmen der Wahrnehmung ihres Vorstandsamtes unentgeltlich aktiv.



Die **Schlichtungsstelle der deutschen Rechtsanwaltschaft** in Berlin ist seit 2011 tätig. Im Jahr 2014 hat die Schlichtungsstelle ihren Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr 2013 vorgelegt. Der Bericht steht im Internet unter der Adresse www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de zur Einsicht und zum Herunterladen zur Verfügung.

Die Schlichtungsstelle wird danach noch viel zu selten in Anspruch genommen, so dass wir nur ermuntern können, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.

Selbstverständlich können auch Rechtsanwälte bei Meinungsverschiedenheiten mit Mandanten die Schlichtungsstelle anrufen, anstatt sofort den relativ aufwändigen und natürlich mit Kosten verbundenen Weg der Honorarklage beim zuständigen Amts- bzw. Landgericht zu beschreiten. Das Verfahren vor dieser Schlichtungsstelle ist auch für antragstellende Rechtsanwälte kostenfrei.

Unerlaubte Rechtsberatung

Der Kammervorstand ist auch im Jahr 2014 gegen Gewerbetreibende und ausgeschiedene Rechtsanwälte bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Rechtsdienstleistungsgesetzes und bei unbefugter Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ sowohl zivilrechtlich, als auch (im Fall des Titelmisbrauchs) strafrechtlich vorgegangen.

Es sind in insgesamt 15 Fällen außergerichtliche Abmahnungen ausgesprochen worden. In 6 Fällen haben die Abgemahnten außergerichtlich eine Unterlassungsverpflichtungserklärung abgegeben, 2 Fälle wurden durch ein Gerichtsverfahren erledigt, in 6 Fällen war nichts weiteres zu veranlassen und ein Fall ist noch nicht abgeschlossen.

Die von der Kammer beim Landgericht Hamburg anhängig gemachte Klage gegen die Hamburger Sparkasse befindet sich in der Berufungsinstanz beim Hanseatischen Oberlandesgericht nachdem die Kammer in der 1. Instanz obsiegte. Ein Verhandlungstermin ist auch im Jahr 2014 noch nicht anberaumt worden.

Beschwerdeverfahren

Wie in den vergangenen Jahren bindet die Bearbeitung von Beschwerden über Rechtsanwälte einen Großteil der Arbeitskapazität des Kammervorstandes und der Geschäftsführung.

Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Beschwerden hat im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Die Statistik sieht wie folgt aus:

	2013	2014
Im Berichtsjahr eingegangene Beschwerden	724	677
aus den Vorjahren übernommen	<u>170</u>	<u>316</u>
insgesamt zu bearbeiten gewesen waren:	894	993
Davon als unschlüssig zurückgewiesen ohne Stellungnahme der betroffenen Rechtsanwälte	383	402
Nach Stellungnahme als unbegründet zurückgewiesen	77	141
Rügen gemäß § 74 BRAO	65	46
An die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens	32	21
Erteilte Belehrungen gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 1 BRAO	1	0
Sonstige Erledigung	<u>20</u>	<u>28</u>
Insgesamt abgeschlossen wurden	578 =====	638 =====

Der Rest von 355 Akten ist am 31. Dezember 2014 noch anhängig gewesen.

Die häufigsten Beschwerdegründe waren:

Verstöße gegen § 12 BORA (Umgehung des Gegenanwalts), § 43 Satz 1 BRAO i.V.m. Strafrecht, § 43 Satz 1 BRAO (Untätigkeit) und § 43a Abs. 5 BRAO i.V.m. § 4 BORA (Fremdgeld)

Die drei Beschwerdeabteilungen waren am 31.12.2014 wie folgt besetzt:

Abteilung I (A bis G)

Dr. Henning von Wedel (Vorsitzender)
Dr. Ellen Braun
Dr. Irmela Vogel

Abteilung II (H bis Q)

Annette Voges (Vorsitzende)
Dr. Sebastian Cording
Volker von Alvensleben

Abteilung III (R bis Z)

Malte Nehls (Vorsitzender)
Dr. iur. h.c. Gerhard Strate
Rüdiger Ludwig
Dr. Jörgen Tielmann

Gebührengutachten

Zu den Aufgaben des Kammervorstandes gehört es, auf gerichtliche Anforderung Gebührengutachten vor allem in Honorarprozessen zu erstatten (§ 73 Abs. 2 Nr. 8 BRAO). Gegenstand dieser Gutachten ist in der Regel die Frage, ob in einer anwaltlichen Kostenrechnung das Ermessen bei der Bestimmung von Rahmengebühren zutreffend ausgeübt ist. Allerdings häufen sich auch die Fälle, in denen Gerichte oder die Staatsanwaltschaft den Kammervorstand ersuchen, zu schlichten Rechtsfragen wie z.B. dem Anfall einer Gebühr dem Grunde nach Stellung zu nehmen.

In diesen Konstellationen sind die Gebührenabteilungen des Kammervorstandes sehr zurückhaltend, da die Rechtsanwendung selbst Aufgabe der staatlichen Gerichte bzw. der Staatsanwaltschaft ist.

In einzelnen Fällen ist es daher vorgekommen, dass der Kammervorstand die Erstattung eines Gutachtens abgelehnt hat.

Die Gebührenabteilungen erstatten ihre Gutachten zur Angemessenheit von Rahmengebühren (§ 14 RVG) vorwiegend im Bereich der Ziffern 2100 ff., 2200 ff., 2300 f. sowie 4100 ff. des VV RVG.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe müssen diese Gutachten kostenlos erstattet werden. Vor allen Dingen bei unübersichtlichen Kostenrechnungen und komplizierten Sachverhalten ist die Aufgabe der Gutachtenerstellung außerordentlich zeitaufwendig und belastet die Mitglieder der Gebührenabteilungen erheblich.

Die Aufgabe der Vermittlung oder Schlichtung in Gebührenangelegenheiten nimmt der Kammervorstand überwiegend durch Mitglieder der Geschäftsführung wahr. Hierüber ist im Abschnitt "Vermittlungen" berichtet worden.

Das Gutachtenaufkommen im Jahre 2014 entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle:

Aus den Vorjahren übernommene Gutachten	14	
Gerichtliche Gutachtenanforderungen 2013		
- Erstgutachten	33	
- Ergänzungsgutachten	<u>1</u>	
- insgesamt in 2014 zu erstatten	48	48
davon Gutachten erstattet		
- aus den Vorjahren	14	
- aus 2014	15	
ohne Gutachten zurück ans Gericht gingen	<u>4</u>	
Im Jahre 2014 insgesamt erledigt	33	33
Am 31. Dezember 2014 noch offene Gebührengutachten	15	==

Der Kammervorstand hat gemäß § 77 Abs. 1 BRAO auch für das Jahr 2014 drei Gebührenabteilungen gebildet, denen am 31.12.2014 folgende Kolleginnen und Kollegen angehörten:

Gebührenabteilung I	Gebührenabteilung II	Gebührenabteilung III
Jan H. Kern (Vorsitzender)	Prof. Dr. Eckart Brödermann (Vorsitzender)	Annette Teichler (Vorsitzende)
Gerd Uecker	Andrea Meyer	Miriam B. Jahn
Dr. Christian Lemke	Dr. Till Dunckel	Sandra Bernert

Zusammensetzung und Tätigkeit des Vorstandes; Geschäftsführung

Auf der Kammerversammlung im April 2014 fanden Vorstandswahlen statt.

Am 30.04.2014 endete die Amtszeit der Hälfte der Vorstandsmitglieder, die auf der Kammerversammlung vom 27.04.2010 gewählt wurden.

Da der Vorstand gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Kammer aus 24 Mitgliedern besteht, waren gemäß § 68 Abs. 2 BRAO 12 Vorstandsmitglieder neu zu wählen.

Seit dem 01.05.2015 setzt sich der Vorstand in der am 01.05.2014 begonnenen Amtszeit wie folgt zusammen:

Volker von Alvensleben, Sandra Bernert, Dr. Ellen Braun, Prof. Dr. Eckart Brödermann, Dr. Sebastian Cording, Dr. Till Dunckel, Axel C. Filges, Bernd-Ludwig Holle, Miriam B. Jahn, Jan H. Kern, Otmar Kury, Dr. Christian Lemke, Dr. Henning Löwe, Rüdiger Ludwig, Andrea Meyer, Malte Nehls, Dr. Martin Soppe, Dr. jur. h.c. Gerhard Strate, Annette Teichler, Dr. Jörgen Tielmann, Gerd Uecker, Dr. Irmela Vogel, Annette Voges und Dr. Henning von Wedel.

Alle Vorstandsabteilungen konnten nach der Geschäftsordnung vollständig mit jeweils 3 (Beschwerdeabteilung III mit 4) Mitgliedern besetzt werden. Die Angaben hierzu finden Sie auf den vorausgehenden Seiten 10 und 11.

Auf der ersten Vorstandssitzung nach der Kammerversammlung ist das Präsidium neu gewählt worden (§ 78 Abs. 4 S. 1 BRAO).

In das Präsidium wurden gewählt: Rechtsanwalt Otmar Kury (Präsident), Rechtsanwältin Annette Voges (Vizepräsidentin), Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke (Vizepräsident), Rechtsanwalt Dr. Martin Soppe (Vizepräsident), Rechtsanwalt Bernd-Ludwig Holle (Schatzmeister) und Rechtsanwalt Gerd Uecker (Schriftführer).



Zum 01.07.2014 ist Frau Rechtsanwältin Dr. Anna Noster aus der Elternzeit zurückgekehrt und hat ihre Tätigkeit in der Geschäftsführung der Kammer im Rahmen eines Teilzeitarbeitsverhältnisses wieder aufgenommen.

Zum 31.12.2014 ist Herr Rechtsanwalt Franz-Joachim Hofer auf seinen Wunsch aus der Geschäftsführung der Kammer ausgeschieden, um in Schwerin einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Der Kammervorstand dankt Herrn Hofer für seine Mitarbeit und wünscht ihm für seine neue berufliche Tätigkeit in Schwerin alles Gute und viel Erfolg.

In Folge dessen hat der Kammervorstand mit Frau Rechtsanwältin Grundmann-Beyrich mit Wirkung vom 01.01.2015 ein Vollzeitarbeitsverhältnis begründet, um eine lückenlose Erledigung der Kammeraufgaben sicherzustellen.

Der Geschäftsführung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer gehörten am 31.12.2014 damit an: Rechtsanwalt Dr. Matthias Hoes (Geschäftsführer), Rechtsanwältin Dr. Carolin Kenter (Geschäftsführerin), Rechtsanwältin Dr. Anna Noster (Geschäftsführerin) sowie Rechtsanwalt Hartmut Scharmer (Hauptgeschäftsführer).



Zum 21.11.2014 musste die Geschäftsstelle der Kammer in neue Räume im Hause Valentinskamp 88 umziehen, da die bisherige Mietfläche viel zu klein geworden war.

Der Vorstand dankt der Büroleiterin Frau Helmcke für ihre organisatorische Leistung.

Fachanwaltschaften

Im Berichtsjahr 2014 hat der Kammervorstand über Fachanwaltsanträge wie folgt entschieden:

Arbeitsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>24</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	25	
Stattgaben	20	
Ablehnung	1	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	21	<u>21</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	4	==

Bank- und Kapitalmarktrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>6</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	9	
Stattgaben	6	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	6	<u>6</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	3	==

Bau- und Architektenrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>7</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	9	
Stattgaben	8	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	8	<u>8</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Erbrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>3</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	5	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	4	<u>4</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Familienrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Gewerblicher Rechtsschutz

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Handels- und Gesellschaftsrecht

Aus 2013 übernommene Anträge	4	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>14</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	18	
Stattgaben	16	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	16	<u>16</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	2	==

Informationstechnologierecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	8	
Stattgaben	8	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	8	<u>8</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	0	==

Insolvenzrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>3</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	3	
Stattgaben	2	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	2	<u>2</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Internationales Wirtschaftsrecht

(seit September 2014)		
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>2</u>	
Stattgaben	1	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	1	<u>1</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Medizinrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>15</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	17	
Stattgaben	13	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	13	<u>13</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	4	==

Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>7</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	7	
Stattgaben	6	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	6	<u>6</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Sozialrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>2</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	3	
Stattgaben	3	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	3	<u>3</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	0	==

Steuerrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>7</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	9	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	4	==

Strafrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	2	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	2	<u>2</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	4	==

Transport- und Speditionsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>2</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	2	
Stattgaben	2	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	2	<u>2</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	0	==

Verkehrsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	8	
Stattgaben	7	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	7	<u>7</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	1	==

Versicherungsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	7	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	2	==

Verwaltungsrecht

Aus 2013 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	4	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	4	<u>4</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	0	==

Urheber- und Medienrecht

Aus 2013 übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2014 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2014 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	6	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2014	6	<u>6</u>
Am 31. Dezember 2014 noch anhängig	0	==

Insgesamt gab es am 31. Dezember 2014 in Hamburg 1898 (Vorjahr: 1803) Fachanwälte, wobei 176 Rechtsanwälte und 43 Rechtsanwältinnen jeweils 2 Fachanwaltstitel und 9 Rechtsanwälte und 1 Rechtsanwältin 3 Fachanwaltstitel führen. Im Einzelnen verteilen sich die Zahlen wie folgt auf die Fachgebiete:

- 1 für Agrarrecht
- 441 für Arbeitsrecht (davon 104 Fachanwältinnen)
- 40 für Bank- und Kapitalmarktrecht (davon 7 Fachanwältinnen)
- 94 für Bau- und Architektenrecht (davon 12 Fachanwältinnen)
- 40 für Erbrecht (davon 19 Fachanwältinnen)
- 262 für Familienrecht (davon 165 Fachanwältinnen)
- 110 für Gewerblicher Rechtsschutz (davon 28 Fachanwältinnen)
- 119 für Handels- und Gesellschaftsrecht (davon 19 Fachanwältinnen)
- 37 für Informationstechnologierecht (davon 6 Fachanwältinnen)
- 93 für Insolvenzrecht (davon 19 Fachanwältinnen)
- 1 für Internationales Wirtschaftsrecht
- 71 für Medizinrecht (davon 30 Fachanwältinnen)
- 128 für Miet- und Wohnungseigentumsrecht (davon 37 Fachanwältinnen)
- 48 für Sozialrecht (davon 15 Fachanwältinnen)
- 245 für Steuerrecht (davon 40 Fachanwältinnen)
- 126 für Strafrecht (davon 33 Fachanwältinnen)
- 42 für Transport- und Speditionsrecht (davon 9 Fachanwältinnen)
- 86 für Verkehrsrecht (davon 22 Fachanwältinnen)
- 62 für Versicherungsrecht (davon 14 Fachanwältinnen)
- 53 für Verwaltungsrecht (davon 7 Fachanwältinnen)
- 38 für Urheber- und Medienrecht (davon 9 Fachanwältinnen)

Damit führten am 31.12.2014 18,5 % (Vorjahr 17,9 %) der Hamburger Rechtsanwälte eine Fachanwaltsbezeichnung.

Die Fachausschüsse waren im Berichtsjahr mit den folgenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besetzt:

Arbeitsrecht

Dr. Frank Weberndörfer (Vorsitzender)
Dr. Hauke Rinsdorf
Matthias Möller
Dr. Katrin Stamer
Miriam Behbudi (stellvertr. Mitglied)

Bank- und Kapitalmarktrecht

Frank Schöneich (Vorsitzender)
Peter Hahn
Dr. Peter Seemann
Dr. Christian Ulrich Wolf

Bau- und Architektenrecht

Gritt Diercks-Oppler (Vorsitzende)
Friedrich-Karl Scholtissek
Christian Schliemann
Miriam B. Jahn

Erbrecht

Jörn Peter Heinrich Vinnen (Vorsitzender)
Dr. Andrea Tiedemann
Dr. Till Hantke
Tom Kemcke (Stellvertr. Mitglied)

Familienrecht

Annette Teichler (Vorsitzende)
Rita Brockmann-Wiese
Gisela Friedrichs
Karin Friedrich-Büttner

Gewerblicher Rechtsschutz

Dr. Karin Sandberg (Vorsitzende)
Christian Hertz-Eichenrode
Prof. Dr. Wolfgang Berlit
Dr. Burkhard Rheineck
Dr. Andrea Jaeger-Lenz
Dr. Andreas Meissner

Handels- und Gesellschaftsrecht

Rüdiger Ludwig (Vorsitzender)
Dr. Henrik Drinkuth
Dr. Georg A. Wittuhn
Dr. Rüdiger Zeller
Dr. Klaus von Gierke

Informationstechnologierecht

Dr. Christian Lemke (Vorsitzender)
Dr. Oliver Gießler
Dr. Kai-Uwe Plath
Dr. Kay G.H. Oelschlägel
Guido Flick
Oliver J. Süme

Insolvenzrecht

Prof. Dr. Klaus Pannen (Vorsitzender)
Sönke Hansen
Heiko Fialski
Dr. Tjark Thies

Internationales

Wirtschaftsrecht (seit 01.09.2014)

(gemeinsamer Fachausschuss gemäß § 18 FAO mit den Kammern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein)
Prof. Dr. Eckart Brödermann (Vorsitzender)
Dr. Richard Happ
Prof. Dr. Heiko Höfler
Frank Martens (Kiel)
Dr. Klaus Oepen

Medizinrecht

Dr. Ulrich Steffen (Vorsitzender)
Ulrike Hundt-Neumann
Sven Hennings
Michael Oltmanns
Dr. Markus Plantholz

Miet- u. Wohnungseigentumsrecht

Dr. Hubertus Wegmann (Vorsitzender)
Eva Proppe
Ricarda Breiholdt
Anke Niehaus

Sozialrecht

Rainer Willhoeft (Vorsitzender)
Lukas Weitbrecht
Julia Grimme

Steuerrecht

Dr. Kai Greve (Vorsitzender)
Dr. Philipp Herrmann
Dr. Ulrich Möhrle
Barbara Stolten

Strafrecht

Dr. jur. h.c. Gerhard Strate (Vorsitzender)
Dr. Ines Woynar
Dr. Oliver Pragal
Kathrin Schulz

Transport- u. Speditionsrecht

(gemeinsamer Fachausschuss gemäß § 18 FAO mit den Kammern Braunschweig, Bremen, Celle, Mecklenburg-Vorpommern, Oldenburg und Schleswig-Holstein)
Dr. Kay Uwe Bahnsen (Hamburg, Vorsitzender)
Andrea Meyer (Hamburg)
Dr. Johannes Dälken (Osnabrück)
Dr. Stefan Hoeft (Bremen)
Dieter Janßen (Bremen, stellvertr. Vors.)
Andrea Bartholl (Schleswig-Holstein)

Verkehrsrecht

André van de Velde (Vorsitzender)
Stefan Bachmor (seit 05.11.2014)
Jens Peter Jensen (bis 04.11.2014)
Gert Lembke
Jochen Schnelle (stellvertr. Mitglied)
Geesche Warnke

Versicherungsrecht

Dieter Behling (Vorsitzender; bis 11.08.2014)
Malte Nehls
Oliver Meixner
Jan Volker Glauber
Dr. Jan Philipp Tietjen

Verwaltungsrecht

Dr. Fritz Frhr. von Hammerstein (Vorsitzender)
Martin Hack
Rüdiger Nebelsieck
Jan de Haan

Berufsausbildung

Die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse zur Rechtsanwaltsfachangestellten ist im Berichtsjahr entgegen dem Bundesdurchschnitt leicht gestiegen (von 183 im Jahre 2013 auf 198 im Jahre 2014). Zu den Abschlussprüfungen im Sommer und Winter 2014 meldeten sich insgesamt 166 Auszubildende an, unter ihnen 32 Umschülerinnen.

Die Prüfungen brachten folgende Resultate:

a) Erstausbildung

- 13 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
- 46 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 50 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 19 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
- 6 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden (4,5 %).

b) Umschulung

- 2 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 14 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 8 Prüflinge haben die Prüfung ohne Prädikat bestanden,
- 8 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden (25,0 %).

Als Ausbildungsberater/in waren Frau Rechtsanwältin Wiltrud Fromm und Frau Rechtsanwältin Gabriele Hufer sowie die Rechtsanwälte Heiko Kreuzfeldt, Norbert Radeke, Jürgen Steiner und Sebastian Stoffregen ehrenamtlich tätig. Frau Rechtsanwältin Gabriele Hufer übernahm den Zuständigkeitsbereich des im Jahr 2014 verstorbenen Kollegen Hartmut Kostencki. Die Ausbildungsberater/in vermitteln bei Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten im bestehenden Ausbildungsverhältnis zwischen Ausbildern und den Auszubildenden. Kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Beilegung der Differenzen, helfen die Ausbildungsberater/innen den Lehrlingen auch bei der Suche nach einem anderweitigen Ausbildungsplatz.

Der von der Kammer eingerichtete Schlichtungsausschuss gemäß § 111 Abs. 2 ArbGG nimmt seine Aufgabe wahr, wenn ein Ausbildungsverhältnis durch fristlose Kündigung des Ausbilders aufgelöst worden ist. Die Anrufung dieses Schlichtungsausschusses ist Voraussetzung für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht. Im Jahre 2014 wurde der Schlichtungsausschuss 3 mal tätig. Vorsitzender ist Herr Rechtsanwalt Ignatz Heggemann, weiteres Mitglied war Frau Karin Wahl-Heuer.

Der Kammervorstand dankt den Kolleginnen und Kollegen für ihr zeitaufwendiges und wertvolles Engagement.

Auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer findet sich eine aktuelle Liste sowohl freier Lehrstellen, als auch zur Verfügung stehender Praktikantenplätze. Die Rechtsanwaltskammer beteiligt sich auch an dem Projekt „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“, indem auf der Internetseite „www.ausbildung-hh.de“ ein Link auf unsere Lehrstellenbörse gesetzt wurde.



Der Fortbildungskurs „Geprüfter Rechtsfachwirt/Geprüfte Rechtsfachwirtin“ läuft seit November 2012 mit insgesamt 33 Teilnehmern/Teilnehmerinnen.

Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg gehört seit dem Jahr 1948 der Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte an.

Sie überwies für das Jahr 2014 an die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte für jedes Kammermitglied, Stand 01.01.2014, den Jahresbeitrag von € 7,50, d. h. **insgesamt € 75.532,50**.

In der Zeit vom 01.01. bis 31.12.2014 unterstützte die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte 52 (Vorjahr 56) Kammermitglieder, ehemalige Kammermitglieder, Witwen bzw. Kinder im Bezirk der vier Mitgliedsammern mit monatlichen und/oder einmaligen Zahlungen von **insgesamt € 78.430,89** (Vorjahr € 78.632,99).

Die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte zahlte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 an folgende 29 Personen der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg **insgesamt € 37.273,72** aus:

16 (ehem.) Kammermitglieder/

6 Anwaltswitwen,

die aus Alters-, Krankheits- oder aus ähnlichen Gründen berufsbehindert bzw. berufsunfähig sind, erhielten einmalige Zahlungen und/oder mtl. Unterstützungen bis zu € 500,00; ferner wurde in Krankheitsfällen eine Pflegezulage von bis zu € 150,00 gezahlt.

7 Kinder,

die minderjährig sind bzw. die sich in Ausbildung befinden, erhielten eine Unterstützung von bis zu € 500,00 monatlich.

Es bestanden gegenüber 14 ehemaligen Unterstützten Ansprüche aus Rückzahlungsverpflichtungen.

Der Jahresbeitrag für das Jahr 2015 wird bei € 7,50 je Kammermitglied, Stand 01.01.2015, bleiben.



Zusätzlich verteilte die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte im Jahr 2014 im gesamten Bundesgebiet € 112.325,00 aus dem Weihnachtsspendenaufkommen.

Hiervon erhielten die Unterstützten aus dem Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg einen Betrag in Höhe von € 13.450,00 (Vorjahr € 27.725,00).



Die Hülfskasse entfaltet ihre segensreiche Tätigkeit mit denkbar geringem Verwaltungsaufwand. Um so bedauerlicher ist es, dass so wenige Rechtsanwaltskammern noch Mitglieder sind.

Die Leitung der Hülfskasse wird ehrenamtlich von Vertretern aus den beteiligten Kammern geleistet. Ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender ist derzeit Herr Rechtsanwalt Bernd-Ludwig Holle, der zugleich auch Schatzmeister der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ist.

In der Geschäftsstelle der Hülfskasse arbeiten zwei teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen.

Die Hülfskasse unterhält eine interessante Internetseite unter www.huelfskasse.de. Wenn Sie weitere Einzelheiten über die Hülfskasse wissen wollen, sehen Sie sich bitte diese Internetseite an.

Mitgliederstatistik Bestand am 31.12.2014

	<u>m</u>	<u>w</u>	<u>Gesamt</u>
Rechtsanwälte	6.681	3.414	10.095
Rechtsbeistände	32	0	32
davon sind zugleich			
Steuerberater	226	27	
Wirtschaftsprüfer	77	0	
Vereidigte Buchprüfer	44	0	
Ausländische Anwälte	28	22	50
davon Mitglieder gemäß § 2 EuRAG	21	9	
davon Mitglieder gemäß § 206 BRAO	7	13	
Rechtsanwalts-GmbH			42
Rechtsanwalts-AG			4
Mitglied gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 BRAO			0
		Mitglieder	10.223
			=====

Veränderungen 2014

	<u>RA</u>	<u>RAin</u>	<u>RB</u>	<u>AA</u>	<u>AAin</u>	<u>GmbH/AG</u>	<u>§ 60 BRAO</u>	
Mitgliederzahl 31.12.2013								10.072
Zulassungen								
Neuzulassungen	201	161	0	2	2	8	0	= 374
Kammerwechsel	85	61	0	2	1	1	0	= 150
Wiederzulassungen	13	10	0	0	0	0	0	= 23
	299	232	0	4	3	9	0	+ 547
Löschungen								
Verstorben	21	1	0	0	0	0	0	= 22
Kammerwechsel	104	68	0	1	0	0	0	= 173
Verzicht	101	80	1	4	1	2	0	= 189
Widerruf aus anderem Grund	7	2	1	1	0	1	0	= 12
	233	151	2	6	1	3	0	- 396
Mitgliederzahl 31. Dezember 2014								10.223
								=====

Abkürzungen: RB = Rechtsbeistand, AA = Ausländischer Anwalt, AAin = ausländische Anwältin, § 60 BRAO: nichtanwaltlicher Geschäftsführer einer RA-GmbH

Im Jahre 2014 sind verstorben:

Daniel Barta	Michael Krefsin	Ralf Schrader
Erich R. Bartram	Hans-Eberhard Langemaack	Oliver Strelow
Peter Bendixen	Prof. Dr. Jürgen Lebuhn	Stefan Tiedchen
Karl-Richard Brinks	Dierk Lindemann	Thomas Uhsadel
Christian Buhl	Martina Schäfer	Ralf Wißbar
Dr. Jürgen Hübener	Friedrich Sager	Alfred Wurm
Helmuth Jipp	Prof. Dr. Erich Samson	
Hartmut F. Kostencki	Jürgen Schmidt	

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt (Stand jeweils am 31. Dezember):

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Geschäftsjahr	Mitgliederzahl
2005	7.853 (+ 5,1 %)	2010	9.272 (+ 2,75 %)
2006	8.120 (+ 3,48 %)	2011	9.604 (+ 3,46 %)
2007	8.429 (+ 3,73 %)	2012	9.840 (+ 2,4 %)
2008	8.768 (+ 3,87 %)	2013	10.072 (+ 2,3 %)
2009	9.017 (+ 2,78 %)	2014	10.233 (+ 1,59 %)

Anwaltsgericht

Das Hamburgische Anwaltsgericht war am 31. Dezember 2014 mit folgenden Rechtsanwälten bzw. Rechtsanwältinnen besetzt:

Geschäftsleitender Vorsitzender: Rechtsanwalt Johann Schwenn.

Kammer I

Dr. Christoph Hasche (Vors.)
Thomas Scholle (Stellv. Vors.)
Axel Löhde
Dr. Ralf Ritter
Dr. Nadja Sievers

Kammer II

Johann Schwenn (Vors.)
Doris Dierbach (Stellv. Vors.)
Dr. Frank Mitzkus
Dr. Dagmar Entholt-Laudien
Dr. Christoph Horbach

Kammer III

Jes Meyer-Lohkamp (Vors.)
Axel Neelmeier (Stellv. Vors.)
Dr. Hinrich Jenckel
Dr. Janine Achilles-Baumgärtel
Jens Cyrkel-Lichtenfeld

Das Anwaltsgericht verzeichnete im Geschäftsjahr 2014
Aus 2013 wurden übernommen

21 Neuzugänge.
15 Verfahren.

Von den insgesamt in 2014 anhängigen
wurden in I. Instanz
erledigt, so dass in das Jahr 2015 übernommen wurden

36 Verfahren
28 Verfahren
8 Verfahren.

Das Anwaltsgericht hat im Geschäftsjahr 2014
und

9 Urteile
19 Beschlüsse
28 Entscheidungen erlassen.

a) Von den Urteilen lauten

3 auf Verweis
1 auf Verweis und Euro 3.500,-- Geldbuße
3 auf Verweis und Euro 4.000,-- Geldbuße
1 auf Vertretungsverbot für die Dauer von
einem Jahr auf dem Gebiet des Zivilrechts
1 auf Einstellung des Verfahrens gemäß
§§ 139 II BRAO, 260 III StPO

b) Von den Beschlüssen lauten

8 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß
§ 153 Abs. 1 S. 1 StPO
5 auf Aufrechterhaltung der Rüge
2 auf Aufhebung der Rüge
1 auf Einstellung der Verfahrens gemäß §§ 139 Abs. 3
Nr. 1, 116 BRAO i. V. m. 206a StPO (analog)
1 Antrag auf Entscheidung gemäß § 74a BRAO wurde
als unzulässig verworfen
2 Anträge auf Entscheidung gemäß § 74a BRAO wurden
zurückgenommen

In 2014 wurden in 5 Sachen Berufung eingelegt.

Über 3 Sachen konnte noch nicht entschieden werden, in einer Sache ist die Berufung zurückgenommen worden, in einer weiteren Sache, in der das Hamburgische Anwaltsgericht die anwaltsgerichtlichen Maßnahmen des Verweises und der Geldbuße von EURO 3.500,-- verhängt hatte, hat der Anwaltsgerichtshof wie folgt entschieden:

„Auf die Berufung des Rechtsanwalts wird das Urteil des Hamburgischen Anwaltsgerichts vom 20.02.2014 dahin abgeändert, dass gegen den Rechtsanwalt wegen tateinheitlich begangener berufsrechtlicher Verstöße gegen §§ 43, 43a Abs. 3 BRAO, §§ 11 Abs. 2, 23 BORA die anwaltsgerichtlichen Maßnahmen des Verweises und der Geldbuße von EURO 2.500,-- verhängt werden. Im Übrigen wird die Berufung als unbegründet verworfen.“

Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Anwaltsgerichtshof bestand im Berichtsjahr 2014 wie in den Jahren zuvor aus zwei Senaten. Diese waren am 31. Dezember 2014 wie folgt besetzt:

Präsident: RA Dr. Kay Soehring

I. Senat

RA Dr. Kay Soehring (Vorsitzender)
 RA Dr. Joachim Frh. von Falkenhausen
 (stellvertr. Vorsitzender)
 RA Christian Brüggemann
 RA Dr. Hans-Jürgen Grambow
 RA Prof. Dr. Christoph Seibt
 VRiOLG Monika Scholz
 RiOLG Tobias Brauer
 RiOLG Dr. Heike Bruns

II. Senat

RA Prof. Dr. Winterhoff (Vorsitzender)
 RA Dr. Matthias Wolter (stellvertr. Vorsitzender)
 RAin Dr. Britta Hannemann
 RA Dr. Joachim Blau
 RA Henning Anders
 RiOLG Rüdiger Cordes
 VRiOLG Andreas Buske
 VRiOLG Olaf Klimke
 RiOLG Dr. Michael Selow

Die Einzelheiten der Geschäftstätigkeit des Anwaltsgerichtshofes und deren Gegenstände entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Statistik:

	Nicht erledigte Verfahren am Beginn des Jahres	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Verfahrensdauer der erledigten Sachen		Nicht erl. Verfahren am Ende des Jahres
				bis 6 Monate	über 6 Monate	
<u>I. Verwaltungsrechtliche Anwaltssachen</u>						
a) Zulassungsverfahren	0	0	0	0	0	0
b) Rücknahme- und Wiederrufsverfahren	3	3	2	1	1	4
c) Verfahren nach § 57 Abs. 3 BRAO	0	0	0	0	0	0
d) Fachanwaltsverfahren	0	1	0	0	0	1
e) einstw. Anordnungen Beschlussanfechtungen sonst. Verf. nach BRAO	0	0	0	0	0	0
<u>II. Anwaltsgerichtliche Verfahren</u>						
a) Rechtsmittel - Berufung § 143 BRAO - Beschwerden § 142 BRAO	0	0	0	0	0	0
b) Verfahren nach §§ 122 Abs. 2, 123 Abs. 2, §§ 150, 161 a BRAO	1	3	4	3	1	0
<u>III. Sonstige Verfahren</u>						
AR-Sachen	0	1	1	1	0	0
Gesamt	4	8	7	5	2	5

Der Kammervorstand berichtet hiermit der Kammerversammlung über die Verwaltung des Vermögens im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 und kommt damit seiner Verpflichtung zur Rechnungslegung (§ 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO) nach.

Sie finden nachstehend:

I. Kammervermögen

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr - Anlage 1 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung über die einzelnen Einnahmen sowie Ausgaben für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 2 -
3. Bestandsentwicklung der liquiden Mittel im Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 3 -
4. Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2015 sowie Haushalt und Planung für das Jahr 2016 als Grundlage für die Beschlussfassung über den Haushalt 2015 und Kammerbeitrag 2016 einschließlich der Vorjahreswerte - Anlage 4 -

II. Ausbildungsumlage

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 5 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 6 -
3. Bestandsentwicklung der liquiden Mittel der Ausbildungsumlage im Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 7 -
4. Haushalt und Planung der Ausbildungsumlage für das Geschäftsjahr 2015 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 8 -

Anmerkungen

I. Zum Kammervermögen

1. Sie finden in Anlage 3 eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel, um den Finanzstatus über Anlage 1 und 2 hinaus transparent werden zu lassen.
2. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer hat gemäß § 98 Abs. 2 BRAO die Kosten des Anwaltsgerichts zu tragen. Diese betragen im Berichtsjahr 2014 insgesamt Euro 32.182,50 (Vorjahr: Euro 42.272,23), davon für Personalkosten (ohne soziale Aufwendungen) Euro 18.993,48 (Vorjahr: Euro 20.294,50), Miete Euro 9.010,44 (Vorjahr: Euro 9.010,44) und allgemeine Bürokosten Euro 4.178,58 (Vorjahr: Euro 12.967,29).
3. In der Kammergeschäftsstelle waren am 31.12.2014 insgesamt 24 (Vorjahr 23) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) beschäftigt, davon 9 Teilzeitkräfte. 2 Mitarbeiterinnen waren, wie im Vorjahr, am Jahresende in Elternzeit.
Beim Anwaltsgericht ist weiterhin eine Mitarbeiterin in Teilzeit beschäftigt.

4. Der Kammervorstand erhebt nicht von allen Mitgliedern den vollen Kammerbeitrag. Nach den Bestimmungen der Beitragsordnung wird der Kammerbeitrag vielmehr in den dort vorgesehenen Fällen ermäßigt.

Dadurch ergeben sich gemessen an dem rechnerischen Beitragsaufkommen bei voller Beitragszahlung durch jedes Kammermitglied die im Folgenden dargestellten Mindereinnahmen.

Die Beitragsermäßigungen für Berufsanfänger und bei Kammerwechsel nach Hamburg werden nicht gesondert ausgewiesen.

	2013	2014
1. Ermäßigungen in Härtefällen (§ 6 BeitrO)	Euro 13.418,00	Euro 11.286,00
2. Beitragserlasse wegen Schwerbehinderung (§ 3 BeitrO)	Euro 6.720,00	Euro 7.296,00
3. Beitragserlasse wegen Ausscheidens (§ 4 Ziff. 2 BeitrO)	Euro 16.272,00	Euro 21.496,00
4. Beitragserlasse wegen Todes eines Mitglieds (§ 6 BeitrO)	<u>Euro 4.467,00</u>	<u>Euro 2.566,00</u>
	<u>Euro 40.877,00</u>	<u>Euro 42.644,00</u>

Am 31.12.2014 bestanden noch offene Kammerbeitragsforderungen aus dem laufenden Jahr und den Vorjahren in Höhe von Euro 34.109,71 (Vorjahr: Euro 34.469,08). Im Jahr 2014 konnten Beitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 26.946,50 realisiert werden. Es mussten Forderungen in Höhe von Euro 876,50 (Vorjahr: Euro 4.084,00) wertberichtigt werden.

5. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung weist für 2014 einen Überschuss von Euro 216.860,63 aus. In den letzten Geschäftsjahren wurden jeweils folgende Ergebnisse erzielt:

Geschäftsjahr	Jahresergebnis Euro	Liquide Mittel TEUR
2003	+ 96.305,85	1.754
2004	- 81.514,62	1.673
2005	+ 165.273,12	1.838
2006	+ 143.599,09	1.982
2007	+ 179.660,48	2.161
2008	+ 47.332,49	2.209
2009	- 141.040,92	2.068
2010	- 141.327,49	1.927
2011	- 194.419,36	1.732
2012	- 93.877,82	1.639
2013	- 100.805,91	1.538
2014	- 216.860,63	1.321

Die Höhe der Kammerbeiträge reduzierte sich von Euro 228,00 in 2002 auf Euro 168,00 in 2011. Ab 2012 erfolgte die Erhöhung auf Euro 192,00. Für das Jahr 2015 wurde eine Erhöhung auf € 276,00 beschlossen.

Die Personalkosten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 28 (2,5 %).

6. Durch den Umzug der Kammergeschäftsstelle sind einschließlich umzugsbedingter Investitionen im Jahr 2014 Kosten von insgesamt Euro 163.650,00 entstanden. In diesen Kosten ist das Honorar für ein von dem Kammervorstand beauftragtes Architekturbüro enthalten. Durch diese Beauftragung ist es gelungen, ein den Bedürfnissen der Kammergeschäftsstelle vollständig entsprechendes Büro zu bekommen und eine weitestgehend mangelfreie Bauausführung im Rahmen des geplanten Budgets zu erhalten. Im Jahr 2015 werden noch nachlaufende Kosten für den Umzug entstehen, die ebenfalls gesondert ausgewiesen werden.

7. Beitragsverwendung 2014

Der Kammerbeitrag enthält insgesamt Euro 45,00 (Vorjahr: Euro 46,50) durchlaufende Gelder: Für jedes am 1. Januar 2014 zugelassene Mitglied zahlte die Hanseatische Rechtsanwaltskammer an die

	<u>2013</u>	<u>2014</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
- Bundesrechtsanwaltskammer		
-- Beitrag	33,00	33,00
-- Umlage für Öffentlichkeitsarbeit	1,50	1,50
-- Umlage für Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft in Berlin	<u>3,00</u>	<u>3,00</u>
	37,50	37,50
- Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte	<u>9,00</u>	<u>7,50</u>
	<u>46,50</u>	<u>45,00</u>
	=====	=====

Das sind 23,4 % (Vorjahr: 24,2 %) des Kammerbeitrages.

Hanseatische Rechtsanwaltskammer				
Entwicklung des Vermögens je Kammermitglied 2004 bis 2014				
Jahr	Vermögen	Mitgliederzahl	Vermögen je Kammermitglied	Veränderung zum Vorjahr
2004	1.673.392,01 €	7.471	223,99 €	-24,06 € -9,7%
2005	1.838.665,13 €	7.853	234,14 €	10,15 € 4,5%
2006	1.982.264,22 €	8.120	244,12 €	9,99 € 4,3%
2007	2.161.924,70 €	8.429	256,49 €	12,37 € 5,1%
2008	2.209.257,19 €	8.768	251,97 €	-4,52 € -1,8%
2009	2.068.216,27 €	9.017	229,37 €	-22,60 € -9,0%
2010	1.926.888,78 €	9.272	207,82 €	-21,55 € -9,4%
2011	1.732.469,42 €	9.604	180,39 €	-27,43 € -13,2%
2012	1.638.591,60 €	9.840	166,52 €	-13,87 € -7,7%
2013	1.537.785,69 €	10.072	152,68 €	-13,84 € -8,3%
2014	1.320.925,06 €	10.223	129,21 €	-23,47 € -15,4%

II. Zur Ausbildungsumlage

Sie finden als Anlagen 5 bis 8 die Abrechnung über die im Jahre 2004 erstmalig für die anwaltsbezogene Referendarausbildung erhobene Ausbildungsumlage. Sie wurde in 2014 in Höhe von Euro 6,00 (Vorjahr: Euro 12,00), statt der beschlossenen Euro 25,00, pro Mitglied erhoben.

Im Berichtsjahr überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um Euro 2.864,26.

Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über ein gesondertes Bankkonto und einen gesonderten Buchungskreislauf.

In die Kammerrechnung gemäß Anlagen 1 bis 4 gehen diese Beträge deswegen nicht ein. Für die Ausbildungsumlage bestanden Rückstände in Höhe von Euro 1.952,25 (Vorjahr: Euro 1.935,08). Die Realisierungsmöglichkeiten dieser Forderungen sind ungewiss.

Prüfung der Rechnungslegung

I.

Kassenprüfer

Auf der Kammerversammlung 2011 sind als Kassenprüfer des Vorstandes für vier Jahre die Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht Eckhard Wolter und Ulrich Gerken gewählt worden.

Beide Kollegen haben die Buchhaltungsunterlagen einschließlich der Belege für 2014 geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Sie werden auf der Kammerversammlung über ihre Feststellungen berichten.

II.

Wirtschaftsprüfer

Der vom Vorstand beauftragte Wirtschaftsprüfer hat folgende Bescheinigung erteilt:

„Wir haben auftragsgemäß die Einnahmen-/Ausgabenrechnung sowohl des allgemeinen Kammerhaushaltes als auch der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung - unter Einbeziehung der Buchführung - der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die Buchführung sowie die Aufstellung der Einnahmen-/Ausgabenrechnungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Grundlage für unsere Prüfung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte. Diese Unterlagen haben wir auftragsgemäß auf ihre Ordnungsmäßigkeit beurteilt.

Zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise haben wir Beurteilungen so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil abgegeben werden kann. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Angaben in Buchführung und Einnahmen-/Ausgabenrechnungen überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei unserer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse sind die uns vorgelegten Unterlagen, auf deren Grundlage wir die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen geprüft haben, ordnungsgemäß.“

Hamburg, den 17. Februar 2015

gez. Dirk Stresska
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Ausborn & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Hamburg, den 26. Februar 2015


Otmar Kury
Präsident


Bernd-Ludwig Holle
Schatzmeister

Anlage 1

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
für das Geschäftsjahr 2014
(Erläuterungen in Anlage 2)

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>TEUR</u>
I. <u>Einnahmen</u>			
1. Kammerbeiträge	1.865.201,42	1.899.177,62	34
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	82.990,00	82.350,00	-1
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	23.927,00	21.755,50	-2
4. Aufsichtsverfahren	19.953,15	26.028,15	6
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	10.058,95	16.855,73	7
6. Seminare	8.480,00	0,00	-8
7. Sonstige Einnahmen	6.081,67	4.256,44	-2
8. Vermögenserträge	29.286,76	17.950,52	-11
9. Durchlaufende Gelder	<u>5.170,98</u>	<u>1.510,65</u>	<u>-4</u>
Gesamteinnahmen	<u>2.051.149,93</u>	<u>2.069.884,61</u>	<u>19</u>
II. <u>Ausgaben</u>			
1. Personalkosten			
a) Gehälter + Aushilfslöhne RAK	888.006,30	909.675,81	22
b) Gehälter + Aushilfslöhne AnwG	20.294,50	18.993,48	-1
c) <u>Soziale Aufwendungen</u>	<u>165.770,66</u>	<u>173.041,81</u>	7
<u>Summe:</u>	<u>1.074.071,46</u>	<u>1.101.711,10</u>	28
d) Aufwandsentschädigungen	9.356,70	10.891,20	2
2. Verwaltungskosten	197.986,90	303.947,58	106
3. Raumkosten	193.878,89	240.071,97	46
4. Beiträge, Versicherungen	471.399,85	477.264,75	6
5. Reise- und Sitzungskosten	53.410,14	51.175,75	-2
6. Seminare	5.388,00	500,00	-5
7. Verfahrenskosten	38.759,54	21.378,59	-17
8. Prüfungskosten Berufsausbildung/Fortbildung	24.402,58	24.140,78	-1
9. Sonstige Ausgaben	78.130,80	54.210,82	-24
10. Durchlaufende Gelder	<u>5.170,98</u>	<u>1.452,70</u>	<u>-4</u>
Gesamtausgaben	<u>2.151.955,84</u>	<u>2.286.745,24</u>	<u>135</u>
III. <u>Ergebnis</u>	<u>-100.805,91</u>	<u>-216.860,63</u>	<u>-116</u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einzel- und Abweichungsdarstellung der
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
für das Geschäftsjahr 2014

I. Einnahmen

1. Kammerbeiträge

	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mitgliedsbeiträge ¹⁾	1.857.311,42	1.892.167,62	34.856,20
Verspätungszuschläge	7.890,00	7.010,00	-880,00
	<u>1.865.201,42</u>	<u>1.899.177,62</u>	<u>33.976,20</u>

**2. Zulassungsgebühren/
Fachanwaltsgebühren etc.**

	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zulassungen RA	43.100,00	41.600,00	-1.500,00
Zulassungen GmbH (§ 59c BRAO)	3.570,00	3.570,00	0,00
Kammerwechsel (§ 27 BRAO)	7.400,00	7.400,00	0,00
Vertreterbestellung (§ 53 BRAO)	1.040,00	720,00	-320,00
Kanzleipflichtbefreiung (§ 29 BRAO)	1.680,00	2.460,00	780,00
Fachanwaltsgebühren	26.200,00	26.600,00	400,00
	<u>82.990,00</u>	<u>82.350,00</u>	<u>-640,00</u>

**3. Prüfungsgebühren,
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	2.650,00	2.725,00	75,00
Abschlußprüfung Sommer	8.185,50	14.152,50	5.967,00
Zwischenprüfung Winter	425,00	600,00	175,00
Abschlußprüfung Winter	4.666,50	3.978,00	-688,50
Fortbildung Rechtsfachwirt ²⁾	8.000,00	300,00	-7.700,00
	<u>23.927,00</u>	<u>21.755,50</u>	<u>-2.171,50</u>

¹⁾ Höhe der Mitgliedsbeiträge: 2007 = 200 €; 2008 = 180 €; 2009 = 168 €; 2010 = 168 €; 2011 = 168 €; 2012 = 192 €; 2013 = 192 €; 2014 = 192 €.

²⁾ Die Prüfungsgebühren werden turnusmäßig nur alle zwei Jahre bei Beginn eines neuen Kurses fällig.

4. Aufsichtsverfahren	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
AnwG - Geldbußen	19.953,15	25.528,15	5.575,00
Zwangsgelder	0,00	500,00	500,00
	<u>19.953,15</u>	<u>26.028,15</u>	<u>6.075,00</u>
5. Erstattungen von Verfahrenskosten ³⁾	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Erstattung Verfahrenskosten Zivilsachen	4.271,54	10.910,80	6.639,26
Erstattung Verfahrenskosten AnwG	4.398,41	4.421,32	22,91
Kostenerstattung Gerichtsvollzieher	1.389,00	1.523,61	134,61
	<u>10.058,95</u>	<u>16.855,73</u>	<u>6.796,78</u>
6. Seminare	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
RVG-Seminar ⁴⁾	8.480,00	0,00	-8.480,00
	<u>8.480,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-8.480,00</u>
7. Sonstige Einnahmen	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Kostenerstattung Referendarausbildung	3.800,00	3.800,00	0,00
weitere Einnahmen	2.281,67	456,44	-1.825,23
	<u>6.081,67</u>	<u>4.256,44</u>	<u>-1.825,23</u>
8. Vermögenserträge	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zinserträge Wertpapiere	24.505,11	16.568,16	-7.936,95
Zinserträge "Firmengeld"	1.270,49	48,51	-1.221,98
Zinserträge Verwaltungskonto	121,39	321,75	200,36
Zinserträge Vermögensverwaltung	12,09	231,43	219,34
erhaltene Stückzinsen	1.734,59	326,07	-1.408,52
gezahlte Stückzinsen	-471,91	0,00	471,91
Kursgewinne bei Wertpapiereinlösung	2.115,00	2.742,10	627,10
realisierte Kursverluste aus festverzinslichen Wertpapieren	0,00	-2.287,50	-2.287,50
	<u>29.286,76</u>	<u>17.950,52</u>	<u>-11.336,24</u>

³⁾ Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 7. Verfahrenskosten.

⁴⁾ Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 6. Seminare. Das Seminar fand 2013 statt.

9. Durchlaufende Gelder

	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Durchlaufende Posten	0,00	57,95	57,95
Begabtenförderung	<u>5.170,98</u>	<u>1.452,70</u>	<u>-3.718,28</u>
	<u>5.170,98</u>	<u>1.510,65</u>	<u>-3.718,28</u>
Gesamteinnahmen	<u>2.051.149,93</u>	<u>2.069.884,61</u>	<u>18.676,73</u>

Ausgaben

II.

1. Personalkosten

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
a) <u>Gehälter RAK</u>			
Gehälter RAK ⁵⁾	908.891,85	941.084,55	32.192,70
Aushilfslöhne RAK	64,81	0,00	-64,81
Erstattungen Lohnfortzahlungskosten	-20.950,36	-31.408,74	-10.458,38
b) <u>Gehälter AnwG</u>			
Gehälter AnwG	18.397,50	18.699,48	301,98
Aushilfslöhne AnwG	1.897,00	294,00	-1.603,00
c) <u>Soziale Aufwendungen RAK + AnwG</u>			
soziale Abgaben	160.682,88	167.881,94	7.199,06
Berufsgenossenschaftsbeiträge	5.087,78	5.159,87	72,09
	<u>1.074.071,46</u>	<u>1.101.711,10</u>	<u>27.639,64</u>
d) <u>Aufwandsentschädigungen</u>			
Fachausschüsse	2.850,00	3.900,00	1.050,00
Vorstand	4.666,50	5.151,00	484,50
Präsident	1.840,20	1.840,20	0,00
	<u>9.356,70</u>	<u>10.891,20</u>	<u>1.534,50</u>

2. Verwaltungskosten

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Bürokosten RAK	21.114,69	22.026,82	912,13
Bürokosten AnwG	12.967,29	4.178,58	-8.788,71
EDV-Kosten ⁶⁾	23.995,94	50.247,16	26.251,22
Drucksachen	34.499,77	39.358,52	4.858,75
Reparaturkosten	4.399,79	3.839,06	-560,73
Investitionen in Sachanlagen ⁷⁾	17.311,11	85.839,77	68.528,66
Bücher und Zeitschriften	12.518,49	25.517,61	12.999,12
Porto	51.607,62	51.008,16	-599,46
Telefon, Telefax und Internet	5.837,13	5.237,71	-599,42
Courtage Wertpapiere	387,09	187,20	-199,89
sonstige	13.347,98	16.506,99	3.159,01
	<u>197.986,90</u>	<u>303.947,58</u>	<u>105.960,68</u>

3. Raumkosten

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mieten RAK	184.225,85	161.152,69	-23.073,16
Mieten AnwG	9.010,44	9.010,44	0,00
Umzugskosten der Kammergeschäftsstelle	642,60	69.908,84	69.266,24
	<u>193.878,89</u>	<u>240.071,97</u>	<u>46.193,08</u>

⁵⁾ Mehrkosten für Vertretungen in Elternzeit.

⁶⁾ EDV-Neuanschaffungen durch Umzug der Kammergeschäftsstelle.

⁷⁾ Ersatzbeschaffungen infolge des Umzuges.

4. Beiträge, Versicherungen

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte ⁸⁾	88.560,00	75.532,50	-13.027,50
Bundesrechtsanwaltskammer	369.000,00	387.772,00	18.772,00
Deutsches Anwaltsinstitut	5.079,40	5.197,72	118,32
Verband Freier Berufe	2.000,00	2.000,00	0,00
Verein Rechtsstandort Hamburg	500,00	500,00	0,00
Versicherungen	6.260,45	6.262,53	2,08
	<u>471.399,85</u>	<u>477.264,75</u>	<u>5.864,90</u>

5. Reise- und Sitzungskosten

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Reisekosten	42.934,02	25.089,07	-17.844,95
Sitzungskosten	8.029,52	7.328,98	-700,54
Tagungskosten	145,00	12.530,60	12.385,60
Kammerversammlung	2.301,60	6.227,10	3.925,50
	<u>53.410,14</u>	<u>51.175,75</u>	<u>-2.234,39</u>

6. Seminare

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
RVG-Seminar	5.388,00	500,00	-4.888,00
	<u>5.388,00</u>	<u>500,00</u>	<u>-4.888,00</u>

7. Verfahrenskosten

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Verfahrenskosten Zivilsachen	35.612,24	16.386,32	-19.225,92
Verfahrenskosten AnwG und AGH	953,60	2.778,68	1.825,08
Gerichtsvollzieherkosten	2.193,70	2.213,59	19,89
	<u>38.759,54</u>	<u>21.378,59</u>	<u>-17.380,95</u>

⁸⁾ Reduzierung der Beiträge pro Kammermitglied von € 9,00 in 2013 auf € 7,50 in 2014.

**8. Prüfungskosten,
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	2.503,70	2.614,41	110,71
Abschlussprüfung Sommer	10.470,61	12.688,40	2.217,79
Zwischenprüfung Winter	518,90	596,33	77,43
Abschlussprüfung Winter	5.762,99	6.067,98	304,99
Fortbildung Rechtsfachwirt/in	983,48	527,28	-456,20
Ausbildung sonstiges	4.162,90	1.646,38	-2.516,52
	<u>24.402,58</u>	<u>24.140,78</u>	<u>-261,80</u>

9. Sonstige Ausgaben

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Buchführungs- und Jahresabschlusskosten	11.062,24	11.138,40	76,16
Fortbildungskosten für Mitarbeiter	0,00	1.586,41	1.586,41
Öffentlichkeitsarbeit	16.174,49	18.226,07	2.051,58
2. Hamburger Rechtstag	3.546,41	0,00	-3.546,41
Mediationstag	1.000,00	0,00	-1.000,00
Außerordentl. Ausgaben/Abwicklung	15.545,01	8.701,34	-6.843,67
Kosten Anwaltsausweise ⁹⁾	30.752,65	11.587,20	-19.165,45
Universitäts-/Anwaltsausbildung	0,00	2.971,40	2.971,40
Spenden	50,00	0,00	-50,00
	<u>78.130,80</u>	<u>54.210,82</u>	<u>-23.919,98</u>

10. Durchlaufende Gelder

	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>2014</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
Begabtenförderung	5.170,98	1.452,70	-3.718,28
	<u>5.170,98</u>	<u>1.452,70</u>	<u>-3.718,28</u>

Gesamtausgaben

	<u>2.151.955,84</u>	<u>2.286.745,24</u>	<u>134.789,40</u>
--	---------------------	---------------------	-------------------

I. Ergebnis

	<u>-100.805,91</u>	<u>-216.860,63</u>	<u>-116.112,67</u>
--	--------------------	--------------------	--------------------

⁹⁾ Es werden turnusmäßig alle 4 Jahre ein größere Anzahl von Ausweisen ausgegeben.

Anlage 3

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bestandsentwicklung der liquiden Mittel im Geschäftsjahr 2014

	Stand am 31.12.2013	Stand am 31.12.2014
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	341,45	279,22
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	32.213,22	48.278,77
Tagesgeldkonto	679.838,82	469.572,76
Vermögensverwaltungskonto	4.524,70	260.096,20
Spareinlage Mietkaution	0,00	66.253,11
Depotbestand:		
festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	<u>820.867,50</u>	<u>476.445,00</u>
	1.537.785,69	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2014	<u>-216.860,63</u>	
	<u>1.320.925,06</u>	<u>1.320.925,06</u>

1) Der Bestand enthält ausschließlich mündelsichere Wertpapiere. Der Kurswert betrug am 31.12.2014 487.709,00 €, wodurch sich im Saldo stille Reserven von 11.264,00 € errechnen.

Anlage 4

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2015 sowie Haushalt und Planung für das Jahr 2016
Geschäftsjahre 2014 bis 2016

	2014 TEUR Plan	2014 TEUR (Ist)	2015 Plan (alt)	2015 Plan (neu)	2016 Plan
I. Einnahmen					
1. Kammerbeiträge	1.908	1.899	2.832	2.757	3.101
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	86	82	91	85	85
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	19	22	27	29	21
4. Aufsichtsverfahren	17	26	7	9	9
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	10	17	11	11	11
6. Seminare	0	0	0	0	0
7. Sonstige Einnahmen	10	4	6	6	5
8. Vermögenserträge	23	18	20	11	7
9. Durchlaufende Gelder	5	2	5	5	5
Gesamteinnahmen	2.078	2.070	2.998	2.913	3.244
II. Ausgaben					
1. Personalkosten					
a) - c) Gehälter incl. Sozialabgaben	1.041	1.102	1.048	1.149	1.195
d) Aufwandsentschädigungen	13	11	13	12	12
2. Verwaltungskosten	306	304	224	220	213
3. Raumkosten	239	240	172	186	278
4. Beiträge, Versicherungen	478	477	1.172	1.178	1.197
5. Reise- und Sitzungskosten	49	51	141	146	50
6. Seminare	0	1	0	0	0
7. Verfahrenskosten	43	21	43	23	33
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	28	24	35	33	26
9. Sonstige Ausgaben	86	55	83	76	76
10. Durchlaufende Gelder	5	1	5	5	5
Gesamtausgaben	2.288	2.287	2.936	3.028	3.085
III. Ergebnis	-210	-217	62	-115	159

Anlage 5

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2014
(Erläuterungen in Anlage 6)

	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> TEUR
I. Einnahmen				
1. Ausbildungsumlage	56.291,00	114.956,00	59.944,00	-55
2. Vermögenserträge	<u>22,63</u>	<u>26,78</u>	<u>84,14</u>	<u>0</u>
Gesamteinnahmen	<u>56.313,63</u>	<u>114.982,78</u>	<u>60.028,14</u>	<u>-55</u>
II. Ausgaben				
1. Verwaltungskosten	3.600,00	3.800,00	3.800,00	0
2. Anwalts-AG'en	59.394,77	50.361,35	58.729,30	8
3. Sonstige Ausgaben	<u>70,20</u>	<u>3.671,60</u>	<u>363,10</u>	<u>-3</u>
Gesamtausgaben	<u>63.064,97</u>	<u>57.832,95</u>	<u>62.892,40</u>	<u>5</u>
III. Ergebnis	<u>-6.751,34</u>	<u>57.149,83</u>	<u>-2.864,26</u>	<u>-60</u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Erläuterungen zur
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2014

I. Einnahmen

1. Ausbildungsumlage	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> EUR
Umlagebeiträge ¹⁾	<u>56.291,00</u>	<u>114.956,00</u>	<u>59.944,00</u>	<u>-55.012,00</u>
2. Vermögenserträge	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Zinserträge Girokonten	3,70	0,00	0,00	0,00
Zinserträge Cash-Konto	<u>18,93</u>	<u>26,78</u>	<u>84,14</u>	<u>57,36</u>
	<u>22,63</u>	<u>26,78</u>	<u>84,14</u>	<u>57,36</u>
Gesamteinnahmen	<u>56.313,63</u>	<u>114.982,78</u>	<u>60.028,14</u>	<u>-54.954,64</u>

¹⁾ Es wurden in 2012 6,00 €, in 2013 12,00 € und in 2014 6,00 € erhoben.

Anlage 6
Seite 2 von 2 Seiten

II. Ausgaben

1. Verwaltungskosten	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> EUR
Pauschalaufwand für Kammergeschäftsstelle	<u>3.600,00</u>	<u>3.800,00</u>	<u>3.800,00</u>	<u>0,00</u>
2. Anwalts-AG`en	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Einführungs-AG	45.177,74	41.818,86	50.403,05	8.584,19
Wahlpflicht-AG	12.417,03	8.542,49	8.326,25	-216,24
Tandem-AG	<u>1.800,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>59.394,77</u>	<u>50.361,35</u>	<u>58.729,30</u>	<u>8.367,95</u>
3. Sonstige Ausgaben	<u>2012</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>2014</u> EUR	Abw. <u>2013/2014</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>				
Buchführungskosten	70,20	146,96	311,10	164,14
Sonstige Kosten	<u>0,00</u>	<u>3.524,64</u>	<u>52,00</u>	<u>-3.472,64</u>
	<u>70,20</u>	<u>3.671,60</u>	<u>363,10</u>	<u>-3.308,50</u>
Gesamtausgaben	<u>63.064,97</u>	<u>57.832,95</u>	<u>62.892,40</u>	<u>5.059,45</u>
III. Ergebnis	<u>-6.751,34</u>	<u>57.149,83</u>	<u>-2.864,26</u>	<u>-60.014,09</u>

Anlage 7

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
im Geschäftsjahr 2014

	Stand am 31.12.2013	Stand am 31.12.2014
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonto	804,67	2.856,27
Cash-Konto	<u>58.077,82</u>	<u>53.161,96</u>
	58.882,49	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2014	<u>-2.864,26</u>	
	<u><u>56.018,23</u></u>	<u><u>56.018,23</u></u>

Anlage 8

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Haushalt und Planung der Umlage zur Finanzierung
der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2015

	<u>2014</u> EUR (Ist) mit Umlage 6 €	<u>2015</u> EUR (Plan) mit Umlage 6 €
I. <u>Einnahmen</u>		
1. Ausbildungsumlage	59.944,00	61.398,00
2. Vermögenserträge	<u>84,14</u>	<u>0,00</u>
Gesamteinnahmen	<u><u>60.028,14</u></u>	<u><u>61.398,00</u></u>
II. <u>Ausgaben</u>		
1. Honorar für Klausurerstellung	0,00	1.500,00
2. Verwaltungskosten	3.800,00	3.800,00
3. Anwalts-AG'en		
Einführungs-AG	50.403,05	50.000,00
Wahlpflicht-AG	8.326,25	10.000,00
Tandem-AG	0,00	5.000,00
4. Sonstige Ausgaben	<u>363,10</u>	<u>2.000,00</u>
Gesamtausgaben	<u><u>62.892,40</u></u>	<u><u>72.300,00</u></u>
III. <u>geplanter Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</u>	-2.864,26	-10.902,00
IV. <u>Vermögen:</u>		
Bestand 01.01.2015		56.018,23
geplanter Ausgabenüberschuss 2015	-	<u>10.902,00</u>
geplanter Saldo 31.12.2015		<u><u>45.116,23</u></u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer

KAMMERREPORT

NAME	AUFGABENGEBIET	DURCHWAHL	ERREICHBAR
Frau Eggert	Sachbearbeitung Mitglieder A <u>Fachanwaltschaften:</u> Arbeitsrecht, Medizinrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht Kammerschnellbrief, Homepage <i>eggert@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-28	Mo bis Do 9–16 Uhr Fr 9–13 Uhr
Frau K. Mendl	Sachbearbeitung Mitglieder R <u>Fachanwaltschaften:</u> Agrarrecht, Bank- u. Kapitalmarktrecht, Bau- u. Architektenrecht, Erbrecht, Familienrecht, Gewerblicher Rechtsschutz, IT-Recht, Internat. Wirtschaftsrecht, Insolvenzrecht, Miet- u. Wohnungseigentumsrecht, Sozialrecht, Steuerrecht, Strafrecht, Transport- u. Speditionsrecht, Urheber u. Medienrecht, Verkehrsrecht, Versicherungsrecht, Verwaltungsrecht <i>k.mendl@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-12	Mo bis Fr 9–14 Uhr
Frau Lassen	Sachbearbeitung Mitglieder B, U bis Z Unerlaubte Rechtsberatung <i>lassen@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-20	Mo bis Do 9–16 Uhr Fr 9–13 Uhr
Frau Stephan	Sachbearbeitung Mitglieder C bis E, SCH Gebührengutachten <i>stephan@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-24	Mo bis Do 9–16 Uhr Fr 9–13 Uhr
Frau Klein	Sachbearbeitung Mitglieder F, G <i>klein@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-18	Di bis Do 9-14 Uhr
Frau Tarasiuk	Sachbearbeitung Mitglieder H Buchhaltung <i>tarasiuk@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-16	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau von Ghyczy	Sachbearbeitung Mitglieder I bis K Elektronische Signatur, Juristenausbildung <i>vonghyczy@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-17	Mo bis Fr 9-13 Uhr
Frau Jokić	Sachbearbeitung Mitglieder L, M Kammerreport <i>jokic@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-21	Mo bis Di 9-16 Uhr Do 9-15 Uhr
Frau Horn	Sachbearbeitung Mitglieder N bis Q, S Ausbildungsabteilung A bis K <i>horn@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-19	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau S. Mendl	Sachbearbeitung Mitglieder T Ausbildungsabteilung L bis Z Fortbildung Rechtsfachwirt/in Kammerreport <i>s.mendl@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-35	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau Fischer	Buchhaltung (Kammerbeitrag) <i>fischer@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-22	Mo bis Fr 9–13 Uhr
Frau Helmcke	Büroleitung Fachanwaltschaften allgemein, Fachausschüsse Begabtenförderung <i>helmcke@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-15	Mo bis Do 9-16 Uhr
RAin Dr. Kenter Geschäftsführung	Mitgliederberatung A bis E Kanzleiabwicklungen A bis K Unerlaubte Rechtsberatung <i>kenter@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-23	Mo bis Do 10-14 Uhr
RAin Dr. Noster Geschäftsführung	Mitgliederberatung F bis J <i>noster@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-29	Mo bis Do 9-13 Uhr
RAin Grundman-Beyrich Stellvertretende Geschäftsführung	Mitgliederberatung K bis R <i>grundmann@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-27	Mo bis Fr 9-17 Uhr
RA Dr. Hoes Geschäftsführung	Mitgliederberatung S bis Ü, W bis Y Homepage, Datenschutz Gebührenberatung <i>hoes@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-25	Mo bis Fr 9-17 Uhr
RA Scharmer Geschäftsführung	Fachanwaltschaften, Buchhaltung, Mitgliederberatung V, Z Ausbildung, Kanzleiabwicklungen L bis Z Juristenausbildung, Kammerreport <i>scharmer@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-14	Mo bis Fr 9-17 Uhr